



Nr. 16

10. Mai 2017

Inhalt

[dbb gegen „Zwangseingemeindung“ von Beamten in GKV
Dauderstädt: „Ohne Beihilfe leidet die Funktionsfähigkeit
des Staates“+++](#)

[Weselsky als GDL-Chef bestätigt](#)

[Verkehr: Keine Privatisierung von Infrastruktur+++](#)

[Fachtagung des Bundesinnenministeriums](#)

[Öffentlicher Dienst: Migrantanteil ohne Quotenregelung
erhöhen+++](#)

[Hasse: Mehr Mut für soziale Ziele in Europa+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb saar fordert weniger Stellenabbau in allen Bereichen+++](#)

[DSTG empört über mutmaßliche Spionage gegen deutsche
Steuerverwaltung+++](#)

[Bekämpfung von Geldwäsche: BDZ fordert mehr Personal+++](#)

[BTB zur Infrastrukturgesellschaft des Bundes: Beschäftigte
in Sorge+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb gegen „Zwangseingemeindung“ von Beamten in GKV Dauderstädt: „Ohne Beihilfe leidet die Funktionsfähigkeit des Staates“

(dbb) Gegen eine „Zwangseingemeindung der Beamten in die Gesetzliche Krankenversicherung“ hat sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt ausgesprochen – „das wäre eine deutlich teurere Lösung“, sagte er der Zeitschrift „PKV Publik“ (Ausgabe Mai 2017).

Ideen einer Einheits-Krankenversicherung für alle Beschäftigten, wie sie zuletzt beispielsweise die Bertelsmann-Stiftung geäußert hatte, „vernachlässigen oder vergessen bewusst, dass die eigenständige Beamtenversorgung zu den sogenannten hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums gehört, die in Artikel 33 unseres Grundgesetzes ausdrücklich geschützt sind.“ Bei einer Aufhebung der Versicherungsfreiheit von Beamten durch den Bund hätte man somit einen Verfassungskonflikt, machte Dauderstädt deutlich. Bundesländer, die an den bewährten Fürsorgeleistungen und Alimentationsverpflichtungen festhalten wollten, würden sich zudem gegen den Bund stellen. „Die Folge wären massive gerichtliche Auseinandersetzungen“, warnte der dbb Chef.

Als „Unfug“ bezeichnete Dauderstädt die prognostizierten Milliarden-Einsparungen, wenn man die Beamten ins System der Gesetzlichen Krankenversicherung einbinden würde. „In diesem Fall wäre aufgrund der verfassungsrechtlich zwingenden Alimentationsverpflichtung, die der Dienstherr gegenüber seinen Beamten hat, eine Kompensation nötig“ – die Besoldung müsste aufgrund der paritätischen Beitragsfinanzierung drastisch erhöht werden, zugleich wären entsprechende Arbeitgeberanteile fällig. „Die Zwangseingemeindung der Beamten in die Gesetzliche Krankenversicherung wäre die deutlich teurere Lösung. Sie kostet Milliarden für den Steuerzahler und den Staat“, erklärte Dauderstädt. Zudem gebe es „überhaupt nicht die Notwendigkeit für eine solche Radikalreform. Das deutsche Gesundheitssystem ist vorbildlich in der Welt. Viele

andere Staaten beneiden uns darum. Und es funktioniert auch deshalb so gut, weil es Wettbewerb und nicht nur eine Einheitsversicherung gibt“, so der dbb Bundesvorsitzende. Durch die Beihilfe ergäben sich auch klare finanzielle Vorteile für den Dienstherrn und damit die öffentlichen Haushalte: „Er muss nur dann Beihilfe zahlen, wenn tatsächlich ein Leistungsfall eintritt. Ein Arbeitgeberzuschuss zur Krankenversicherung müsste dagegen Monat für Monat gezahlt werden, egal, ob in dieser Zeit überhaupt medizinische Leistungen angefallen sind oder nicht.“

Die Beihilfe gehöre nicht nur zum Kern des Berufsbeamtentums, unterstrich Dauderstädt, „sie ist auch ein Teil der Attraktivität dieses Berufes. Denn bei der Besoldung, also dem Gehalt der Beamten, kann der Staat als Arbeitgeber oft mit der Privatwirtschaft nicht mithalten. Das gilt vor allem für Mangelberufe wie Ärzte, Ingenieure oder IT-Fachleute. Der Staat muss auf dem Arbeitsmarkt also andere Anreize anbieten – und dazu gehören insbesondere die sozialen Sicherungssysteme der Beamten. Wenn wir diese Vorteile nicht mehr hätten, wären wir noch schlechter dran, als wir es jetzt schon im Wettbewerb um gute Leute sind. Wir würden die Attraktivität des Beamtenberufes massiv beeinträchtigen und damit auch die Funktionsfähigkeit des Staates verschlechtern“, gab Dauderstädt zu bedenken und kündigte an, dass sich der dbb gegen alle Versuche, die Beamtenbeihilfe abzuschaffen, wehren werde, „auch juristisch“.

(01/16/17)

Weselsky als GDL-Chef bestätigt Verkehr: Keine Privatisierung von Infrastruktur

(dbb) „Eine Privatisierung von Verkehrsinfrastrukturen als den Lebensadern unseres Landes lehnen wir strikt ab“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) am 10. Mai 2017.

Der Verkehr wachse exponentiell und entsprechend müssten auch neue Wege beim Betrieb und der Erhaltung von Infrastrukturen wie Autobahnen oder Schienennetzen gegangen werden. Dies dürfe jedoch nicht auf Kosten der

Beschäftigten geschehen, machte Dauderstädt deutlich. Der dbb erkenne daher mit Respekt an, mit „welcher Konsequenz die GDL ihr Ziel verfolgt, Lohn- und Sozialdumping auf der Schiene zu unterbinden und neuen Arbeitge-

bern nach Ausschreibungen von Verkehrsleistungen keine Spielräume für willkürliche Arbeitsbedingungen zu erlauben“.

Damit dies auch zukünftig so bleibe, seien dbb und GDL gemeinsam gegen das Tarifeinheitsgesetz vorgegangen. Man klage dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht, weil „wir hier einen Trend zur Einheitsgewerkschaft wittern, wenn nur die Tarifverträge der mitgliederstärkeren Organisation noch angewandt werden dürfen“, so der dbb Chef. „Falls es den Gesetzgeber weiter gelüftet, nach mehr Tarifeinheit zu streben, soll er sich doch mal die Arbeitgeberseite vorknüpfen. Wenn beispielsweise die öffentlichen Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden wieder gemeinsam verhandeln würden, dann wäre das ein Fortschritt.“

Die Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) findet in Ludwigshafen statt. Damit kehrt die GDL zu ihren Wurzeln zurück, denn dort wurde vor 150 Jahren der Verein Deutscher Lokomotivführer gegründet. Bei der Generalversammlung wer-

den die Weichen für die gewerkschaftspolitische Arbeit der kommenden fünf Jahre gestellt. Der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, wurde von den Delegierten mit 95 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Die GDL habe in den vergangenen Jahren harte Arbeitskämpfe führen müssen, um die Arbeits- und Entgeltbedingungen für das Zugpersonal zu verbessern, sagte Weselsky. „Wir werden uns aber nicht auf den Erfolgen ausruhen, sondern setzen unsere Ziele gewissenhaft um.“ Die Errungenschaften des Flächentarifvertrags müssten im Alltag umgesetzt und auf den gesamten Eisenbahnverkehrsmarkt übertragen werden, insbesondere die Planbarkeit von Schichtdiensten. Außerdem müsse der umweltfreundliche Schienenverkehr endlich mehr Bedeutung gewinnen. „Nur ein zukunftsfähiges Eisenbahnsystem gewährt dauerhaft Arbeitsplätze für das Zugpersonal“, so der GDL-Bundesvorsitzende.
(02/16/17)

Fachtagung des Bundesinnenministeriums Öffentlicher Dienst: Migrantanteil ohne Quotenregelung erhöhen

(dbb) Auf einer Fachtagung des Bundesinnenministeriums zum Thema „Öffentlicher Dienst und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ am 4. Mai 2017 in Berlin hat sich der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra dafür ausgesprochen, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst weiter zu erhöhen.

„Die Verwaltung sollte stärker als bisher Spiegel der Gesellschaft sein“, erklärte Benra. „Hemmnisse bei der Einstellung müssen abgebaut und die interkulturelle Kompetenz insgesamt gestärkt werden. Gleichzeitig muss der Grundsatz von Einstellung nach Leistung und Befähigung grundlegendes Prinzip bleiben. Eine Quotenregelung lehnen wir ab.“

Der dbb Vize erinnerte die Tagungsteilnehmer daran, dass in Deutschland rund 16,5 Millionen Personen mit Migrationshintergrund leben. In der Privatwirtschaft liegt ihr Anteil bei 20 Prozent, in der öffentlichen Verwaltung aber nur bei 6,7 Prozent. Benra: „Angesichts wachsender Zuwanderung ist dieser Anteil relativ gering und wird der gesellschaftlichen Realität vor allem in Ballungsgebieten nicht gerecht.“
(03/16/17)

Hasse: Mehr Mut für soziale Ziele in Europa

(dbb) „Die soziale Frage entscheidet Europas Zukunft“, sagte Siglinde Hasse, die Vizepräsidentin der CESI-Kommission für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten (SOC), am 9. Mai 2017. Gerade die Präsidentschaftswahl in Frankreich habe gezeigt, dass „der tiefe Riss, der durch die Gesellschaft Frankreichs, aber auch die vieler anderer EU-Staaten geht, im Wesentlichen zwischen Arm und Reich, zwischen Teilhabenden und Ausgeschlossenen verläuft“. Hasse unterstützt deshalb die europäische Säule sozialer Rechte, mit der die Europäische

Kommission die soziale Dimension Europas stärken will. Das Reflexionspapier der Kommission zur sozialen Dimension Europas greife allerdings zu kurz.

Die klaren Aussagen der Kommission zur bestehenden Aufgabenverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten seien grundsätzlich zu begrüßen. Gemeinsame europäische Ziele in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik seien aber notwendig. „Arbeitsmarktpolitik und die Systeme der sozialen Sicherheit werden in den Mitgliedstaaten verantwortet und gestaltet. Auf europäischer Ebene können aber gemeinsame Zielsetzungen positiv in die verschiedenen nationalen Arbeitsmarktordnungen und Sozialsysteme hineinwirken.“ Die Zusammenfassung aller europäischen Normen könne dabei helfen, dass Mitgliedstaaten und Arbeitgeber bestehende Pflichten besser achten und die Beschäftigten ihre Rechte auch effektiv wahrnehmen. Das gelte besonders für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, beispielsweise aber auch für Fragen der Chancengleichheit. Gemeinsame Ziele etwa in Bezug auf faire Arbeitsbedingungen oder nachhaltige, leistungsstarke Sozialschutzsysteme seien hilfreich, um die Lebensbedingungen in der EU, vor allem in der Wirtschafts- und Währungsunion, weiter anzunähern. „Es ist in den vergangenen Wochen und Monaten zurecht von einer sozialen Spaltung Europas gesprochen worden. Diese zu überwinden, muss absolute Priorität haben“, so Hasse.

Über das parallel zur europäischen Säule der sozialen Rechte veröffentlichte Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas zeigt sich Hasse enttäuscht. „Das Reflexionspapier umreißt sehr oberflächlich Szenarien, die auch ein Weniger an europäischer Zusammenarbeit in Aussicht stellen.“ Das entspreche zwar dem Weißbuch zur Zukunft Europas, führe aber auf einen falschen Weg. „Wenn sich in vielen EU-Staaten große Teile der Bevölkerung von der EU abwenden, dann doch vor allem deshalb, weil sie frustriert sind über das fehlende soziale Profil der europäischen Einigung.“ Die Menschen setzten die EU mit den gesellschaftlichen Negativfolgen der Globalisierung gleich. Auf diese Fehlentwicklung müsse eine Antwort gegeben werden. Das Reflexionspapier reiche dazu nicht aus. „Die Menschen wollen einerseits ihre soziale Identität bewahren, legitimerweise an ihnen Vertrautem festhalten. Gleichzeitig wünschen sie sich Arbeit, soziale Sicherheit und weniger große Ungleichheit. Sie machen Europa mitverantwortlich, wenn das nicht gelingt. Wenn Binnenmarkt und Euro nicht für Wohlstand und ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit stehen, lehnen die Menschen beides ab und damit die EU insgesamt.“ (04/16/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb saar fordert weniger Stellenabbau in allen Bereichen

(dbb) Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD im Saarland sieht einen geringeren Stellenabbau im öffentlichen Dienst vor. Bis zum Jahr 2022 sollen demnach statt 2.400 nun 2.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Insbesondere in der Bildung und bei Polizei und Justiz soll weniger stark gespart werden. Der dbb saar forderte am 6. Mai 2017 hingegen, in allen Bereichen der Landesverwaltung weniger Stellen abzubauen.

Das Personal im öffentlichen Dienst sei unbestreitbar die wichtigste Ressource für die Funktionsfähigkeit des Staates und könne deshalb nicht nur nach der Haushaltslage des Landes ausgerichtet werden, sagte Ewald Linn, Vorsitzender des dbb saar. Wenn die Landesregierung die 2013 begonnenen Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ weiterentwi-

ckeln wolle, müsse die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung über 2020 hinaus garantiert werden. Das wiederum könne aber nur funktionieren, wenn in allen Bereichen der Stellenabbau reduziert werde oder Aufgaben wegfielen. (05/16/17)

DSTG empört über mutmaßliche Spionage gegen deutsche Steuerverwaltung

(dbb) Nach der Festnahme eines mutmaßlichen Agenten der Schweiz, der die Steuerverwaltung in Deutschland ausspioniert haben soll, hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) heftige Kritik geübt. „Das ist ein unglaublicher Vorgang, der uns alle empört“, sagte der DSTG Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler am 4. Mai 2017. „So etwas macht man zwischen befreundeten Nachbarstaaten nicht.“

Eigenthaler erinnerte daran, dass es im Zusammenhang mit Steuer-CD-Ankäufen (dbb aktuell berichtete) zu Haftbefehlen der Schweizer Justiz gegen deutsche Beamte gekommen war. Er rief die deutsche Justiz deshalb dazu auf, den „Spieß nun umzudrehen“. Eigenthaler wörtlich: „Wenn es Anhaltspunkte für ein strafbares nachrichtendienstliches Verhalten weiterer Verantwortlicher aus der Schweiz gibt, so muss jetzt mit internationalen Haftbefehlen reagiert werden.“ Zugleich wies der DSTG-Vorsitzende darauf hin, dass die deutschen Steuerfahnder nicht eigenmächtig, sondern in dienstlichem Auftrag handelten. Sie erfüllten Aufträge ihrer Finanzminister und seien schon deshalb nicht persönlich verantwortlich. Die Schweiz müsse den international vorgesehenen Rechtsweg einhalten und dürfe keine Selbstjustiz in Form agentenmäßiger Spionage ausüben. Der ganze Vorgang werfe im Übrigen einen dunklen Schatten auf die sogenannte „Weißgeldstrategie“ Schweizer Banken. Die DSTG rufe dazu auf, endlich die fiskalische

Realität des Jahres 2017 zur Kenntnis zu nehmen, die von Transparenz und Datenaustausch gekennzeichnet sei und nicht von undurchsichtigen Methoden.

Eigenthaler lobte erneut das konsequente Handeln des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Norbert Walter-Borjans, im Zusammenhang mit Steuer-CD-Ankäufen. Diese seien „sowohl rechtlich geboten wie auch aus moralischen Gründen gerechtfertigt“. Es gehe um Steuergerechtigkeit, so dass der Staat seine Hände nicht in den Schoß legen könne, sondern alle rechtlich zulässigen Mittel zur Aufklärung von Steuersachverhalten ausschöpfen dürfe. Schützenswert seien nicht diejenigen, die sich beim Steuerzahlen in die Büsche schlagen würden, sondern die ehrlichen Steuerzahler. Diese müssten sonst die Zeche zahlen und wären damit die Dummen. Steuerhinterziehung dürfe sich nicht lohnen. (06/16/17)

Bekämpfung von Geldwäsche: BDZ fordert mehr Personal

(dbb) Für die neue Financial Intelligence Unit (FIU) unter dem Dach der Generalzolldirektion hat die Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ am 4. Mai 2017 mehr Personal gefordert. Der aktuelle Personaleinsatz müsse kontinuierlich evaluiert und verbessert werden. Insbesondere bedürfe es jedoch einer Erhöhung der personellen und sächlichen Investitionen bei den Aufsichts-, Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, zu denen auch der Zollfahndungsdienst gehört.

Darüber hinaus fordert der BDZ, die Bestimmungen zur Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Bargeld zu verschärfen, insbesondere mittels einer Vorlagepflicht geeigneter Belege. Zudem solle eine Bargeldhöchstgrenze für den gewerblichen

Güterhandel sowie den Immobiliensektor eingeführt und der FIU ein umfassender Zugriff auf polizeiliche, justizielle und steuerungsrelevante Datensysteme eingerichtet werden. (07/16/17)

BTB zur Infrastrukturgesellschaft des Bundes: Beschäftigte in Sorge

(dbb) Die Beschäftigten der Straßenbauverwaltungen in den Bundesländern sind wegen der geplanten Gründung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes (dbb aktuell berichtete) in Sorge über ihre Zukunft. Darauf hat der BTB - Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft, im Gespräch mit Carsten Schneider, dem stellvertretenden Vorsitzenden und haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, am 4. Mai 2017 erneut hingewiesen.

Die BTB-Vertreter um den BTB-Landesvorsitzenden in Thüringen, Frank Schönborn, warnten vor möglichen Privatisierungen und der Ausweitungen von sogenannten ÖPP-Projekten (Öffentlich-private Partnerschaft). Dadurch entstehe die Gefahr des Verlustes der parlamentarischen Einflussnahme über den Einsatz der Haushaltsmittel für den Ausbau und Erhalt der Bundesfernstraßen.

Ursache für den bestehenden „Investitionsstau“ im Straßenbau sei ein „langes Versagen der politischen Entscheidungsebene“, was die Landesstraßenbauverwaltungen erst in die heutige, teilweise unzureichend bis desaströse Personal- und Leistungssituation geführt habe. Da trotz Warnungen das Fachpersonal abgebaut worden sei, könne diesbezüglich von Staatsversagen gesprochen werden.
(08/16/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 5. Mai 2017 hat sich der **dbb** mit der PRO Klinik Holding GmbH auf einen Tarifvertrag geeinigt. Dieser habe eine fünfjährige Laufzeit bis 2021 und umfasse neben einer neuen Entgeltstruktur auch Einmal- und Jahressonderzahlungen. Schrittweise würden die Entgelttabellen auf das Niveau des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) erhöht. Die Unterzeichnung und das Inkrafttreten des Tarifvertrages stehen laut Mitteilung zudem noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der dbb Bundestarifkommission und des Aufsichtsrates der PRO Klinik Holding.

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) hat am 5. Mai 2017 in Radebeul den 25. Deutschen Berufsschultages durchgeführt und dabei Forderungen für die Berufliche Bildung erhoben. So müssten die beruflichen Schulen sächlicher besser ausgestattet werden, um den Anforderungen der Industrie 4.0 gerecht zu werden. Außerdem sollten Gesellen- und Facharbeiterprüfung zukünftig von Betrieben und Berufsschulen gemeinsam durchgeführt werden. Um die berufliche Integration von Flüchtlingen zu verbessern, fordert der BLBS 2+3+2-Lösung. Das steht für eine individuelle zweijährige Sprachausbildung, eine dreijährige Lehre und zwei Jahre praktische Tätigkeit in dem erlernten Beruf. „Damit sind wie schon in der Vergangenheit in der nächsten Zeit dicke Bretter zu bohren“, so der am Vortag in seinem Amt bestätigte BLBS-Bundesvorsitzende **Eugen Straubinger**.

Das marodeste Dienstgebäude der Polizei in Deutschland steht in Magdeburg in Sachsen-

Anhalt. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, stellte am 9. Mai 2017 an dem Gebäude im Beisein von Landespolitikern und Medienvertretern eine entsprechende Mahntafel auf. Bereits im Jahr 2011 war es mit dem Titel bedacht worden. „Die Sanierung des Dienstgebäudes wurde von der Regierung schon mehrfach angekündigt, aber es hat sich bis auf ein paar Notreparaturen nichts getan“, sagte Wendt. Wolfgang Ladebeck, der sowohl der DPoIG Sachsen-Anhalt als auch dem dbb Landesbund von Sachsen-Anhalt vorsitzt, ergänzte: „Es sind unerträgliche und unzumutbare Arbeitsbedingungen für meine Kolleginnen und Kollegen, die so nicht mehr hinnehmbar sind.“

Dieter Dewes, Bundesvorsitzender der Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, hat am 4. Mai 2017 die Ankündigung des Bundesfinanzministeriums (BMF) begrüßt, die Fristen für den Abbau von Mehrarbeitsstunden in der Zollverwaltung verlängern zu wollen. Eigentlich ist für Mehrarbeit innerhalb eines Jahres eine Dienstbefreiung zu gewähren. Ist dies aus zwingenden Gründen nicht möglich, kann eine finanzielle Abgeltung in Betracht kommen. Innerhalb des Jahreszeitraums nicht ausgeglichene Mehrarbeitsstunden verfallen jedoch grundsätzlich ersatzlos. Das BMF plant nun, einen Abbau von Mehrarbeit, welche vor dem 1. September 2016 geleistet wurde, im Rahmen verlängerter Abrechnungszeiträume zuzulassen: Bei bis zu 500 Stunden Mehrarbeit bis zum 31. März 2019, und bei mehr als 500 Stunden bis zum 31. August 2019.
(09/16/17)

Kommende Termine:

13. Frauenpolitische Fachtagung 2017 der dbb bundesfrauenvertretung
„Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt um-
denken!“

11. Mai 2017, dbb forum berlin

18. Bundesjugendtag der dbb jugend

12./13. Mai 2017, Berlin

5. wegweiser Zukunftskongress Staat & Verwaltung

20./21. Juni 2017, Berlin
